

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 621

Mittwoch, 07. Dezember 2016

23. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Haushalt verabschiedet.....	1
Junger Umweltschützer ermordet.....	2
Iván Velásquez als Mörder verleumdet.....	3
Neunter Arbeitsbericht der CICIG.....	4
Zum Welt-Aids-Tag: Webseite mit Infos zu HIV und Aids eingeführt.....	4
GuatemalteKInnen sind aufgrund Trumps Wahl weiterhin alarmiert.....	5
Gewalt gegen Frauen meist angezeigte Verbrechen bei der MP.....	5
Verfassungsreformen erst nächstes Jahr.....	6
Guatemala trauert um Fidel Castro.....	6

Haushalt verabschiedet

Guatemala, 29. Nov. Ende November wurde nach sechs Stunden Diskussion im Plenum der Haushalt 2017 mit 115 von 158 Stimmen als Dekret 50-2016 verabschiedet. Er umfasst Ausgaben in Höhe von maximal 77,3 Mrd. Quetzales (ca. 9,4 Mrd. €). 66 Prozent der Ausgaben beziehen sich auf die Verwaltung, während 17 Prozent Investitionen sind.

In letzter Minute wurden noch einige Änderungsanträge eingebracht, von denen einige zuvor im Finanzausschuss von der Regierungspartei FCN-Nación vorgestellt worden waren. Der Haushaltsentwurf wurde in drei Teilen abgestimmt: der erste ohne weitere Aussprache, der zweite schon, weil sich einige der Änderungsanträge auf diesen bezogen. Für die Beibehaltung des bisherigen Ausgabemaximums von 76,9 Mrd. Quetzales (etwa 9,37 Mrd. €) sprachen sich VertreterInnen der Convergencia, der Reformbewegung (MR), CREO, TODOS und EG aus. Von insgesamt 18 Änderungsvorschlägen wurden zehn schliesslich angenommen. Den Löwenanteil der Mehrausgaben gingen an das Energie- und Bergbauministerium mit 300 Mio. Quetzales (ca. 36,6 Mio. €) für Stromtarif-Subventionen, 20 Mio. für das Arbeitsministerium (Seniorenstifte der NRO Asociación Dulce Refugio, der enge Verbindungen zu Manuel Baldizon nachgesagt werden). Überhaupt war die Frage der Gelder für NROn heiss umstritten. Kongresspräsident Taracena (UNE) kritisierte, dass einige Abgeordnete ihre eigenen Interessen in den Mittelpunkt stellen würden.

Folgende Änderungsanträge wurden u.a. angenommen:

- 10 Mio. Quetzales für Reparieren und Instandhaltung des Nationaltheaters
- mehr Geld für NROn und Stiftungen
- geringere Kürzungen beim Ministerium für Soziale Entwicklung und im Sekretariat für Kommunikation
- 300 Mio. Quetzales mehr für Stromtarif-Subventionen für sozial Schwache
- 20 Mio. Quetzales mehr für Feuerwehr in den Departements und die gleiche Summe für Seniorenunterkünfte
- 10 Mio. Quetzales für das Katasteramt und 40 Mio. Quetzales für Wohnungsbau

Einige abgelehnte Anträge:

- Mittel für Projekte des Kakao-Anbaus, der Viehzucht und des Wohnungsbau in Alta Verapaz
- Abgeordnete wollten die Pflicht von Staatsbediensteten, sich im Transparenz-System zu registrieren, aushebeln
- ein noch höherer Betrag für Asociación Dulce Refugio (25 Mio. statt 20 Mio. Quetzales)
- mehr Mittel für das Innenministerium für Überwachungskameras
- 465 Mio. Quetzales Mittel, u.a. für NROn wie Ministerio Shadai und die Organisation Cristiana Esperanza de Vida (für Medikamente)

Der Haushaltsentwurf im Einzelnen

Ministerium	Haushalt 2017 in Mio. Q	% am Gesamt- haushalt	Haushalt 2016 in Mio Q	% am Gesamt- haushalt
Bildung	13.900	17,98	12.892	18,21
Öffentliche Gesundheit und Soziale Hilfe	6.800	8,80	5.532	7,81
Inneres / Justiz	5.400	6,98	4.474	6,32
Kommunikation, Infrastruktur und Wohnungsbau	5.030	6,51	3.629	5,13
Verteidigung	1.900	2,46	2.062	2,91
Landwirtschaft, Viehzucht und Ernährung	1.850	2,39	1.265	1,79
Soziale Entwicklung	923	1,19	1.025	1,45
Wirtschaft	679	0,88	306	0,43
Arbeit und Vorsorge	684	0,88	636	0,90
Kultur und Sport	569	0,74	446	0,63
Aussenamt	442	0,57	399	0,56
Energie und Bergbau	680	0,88	70	0,10
Öffentliche Finanzen	359	0,46	317	0,45
Umwelt und natürliche Ressourcen	172	0,22	143	0,20
Schulden	12.960	16,76	12.449	17,58
Personalkosten	22.265	28,80	23.769	33,57
Präsidentenamt, PGN, Institutionen etc.	2.696	3,49	1.382	1,95
Summe	77.309	100,00	70.759	100,00

(PL, ICEFI)

Junger Umweltschützer ermordet

Guatemala, 24. Nov. Der Mord an dem 22-jährigen Umweltschützer Jeremy Barrios hat einmal mehr gezeigt, wie sehr UmweltaktivistInnen bedroht sind und zugleich, wie schwer es dem Staat fällt, die Bedrohten effizient zu schützen. Barrios wurde am 12. November in Guatemala-Stadt erschossen. Sein Tod ist in vielerlei Hinsicht ein Symbol für Guatemala, ein Land, das zu den zehn am meisten vom Klimawandel betroffenen Ländern der Welt gehört, in dem das Durch-

schnittsalter der Bevölkerung bei exakt 22 liegt und in dem seit 2015 mindestens zehn UmweltaktivistInnen, meist indigener Herkunft, ermordet wurden. Barrios arbeitete für das Zentrum für umweltrechtliche und soziale Aktionen (CALAS) und hat sich seit frühester Jugend für soziale Gerechtigkeit eingesetzt. Er war SchülerInnensprecher an seiner öffentlichen Schule und er engagierte sich für Verbesserungen in der Bildung.

Dies war nicht das erste Mal, dass CALAS Zielscheibe von Drohungen wurde. Einer der Mentoren von Barrios und einer der führenden Köpfe von CALAS, Yuri Melini, wurde in den vergangenen Jahren häufig mit dem Tode bedroht, einmal wurde auf ihn geschossen, um ihn zum Schweigen zu bringen. Melini ist innerhalb und ausserhalb Guatemalas als Menschenrechtsverteidiger und Verteidiger indigener Rechte bekannt. Der Direktor von CALAS, Rafael Maldonado, hat ebenfalls häufig Todesdrohungen aus den sozialen Medien erhalten. In einem Bericht der Organisation „Front Line Defenders“ heisst es dazu: „Der Menschenrechtsverteidiger hielt sich am 29. Juli 2015 in den Büroräumen von CALAS auf, als unbekannte Personen auf Motorrädern eine ganze Reihe von Schüssen auf das Büro abfeuerten. Er erhielt bereits im Mai 2015 ähnliche Drohungen, als eine unbekannte Frau ihn auf einer Bank mit den Worten ansprach: 'Sie werden bald für ihre Arbeit bezahlen. Sie werden sehen, was das Ergebnis Ihrer Arbeit gegen die Bergbaufirma sein wird. Sie verursachen einen hohen Schaden und daher werden sie Sie umbringen...'.“

In einem Bericht der Direktorin für die Amerikas von Amnesty International erklärt Erika Guevara-Rosas, wie schwierig es für UmweltschützerInnen in Zentralamerika ist: „Menschenrechte zu schützen ist schon eine sehr gefährliche Arbeit in Lateinamerika, aber der Schutz der natürlichen Ressourcen ist noch risikoreicher für Leib und Leben.“

Verschiedene Organisationen, die sich für Umweltschutz und globale Gerechtigkeit engagieren, haben die Finger in die Wunden gelegt. Es betrifft die Zusammenarbeit von reichen Staaten wie Kanada und deren multinationaler Konzerne mit den Regierungen ärmerer Staaten, die Bergbauprojekte erlauben und dabei jene Menschen nicht schützen, die für ihre Territorien kämpfen. Umweltverbände leben auf dem gesamten lateinamerikanischen Kontinent unter ständiger Bedrohung. Einschüchterungen und Verletzungen des Versammlungs- und Demonstrationsrechts gehören aktuell zum Trend von Kanada bis Patagonien. Gerechtigkeit wird dabei selten geschaffen, aber ein Abkühlungseffekt, der weitere Tötungen erlaubt. Im Falle der honduranischen Umweltorganisation COPINH von Bertha Caceres wurde gleich die gesamte Führung ermordet. In einem Ende Oktober 2016 veröffentlichten Bericht über Gerechtigkeit und das Projekt über Unternehmensverantwortung namens „Kanada Brand - Gewalt der kanadischen Bergbaukonzerne in Lateinamerika“ befasst sich NISGUA mit 28 kanadischen Firmen und deren 'Wirken' in dreizehn lateinamerikanischen Ländern zwischen 2000 und 2015. Sie kamen zu dem Schluss, dass mindestens 44 Menschen in dem Zeitraum starben, wovon 30 gezielt ermordet wurden. 400 Personen wurden verletzt, wobei Unfälle am Arbeitsplatz herausgerechnet wurden. Über 700 Personen wurden in jener Zeit strafrechtlich verfolgt oder in Haft genommen, nur weil sie ihre Territorien, ihren Wohnraum, ihre Gesundheit und ihre Umwelt verteidigten.

Guatemala gehört zu jenen Ländern, die offiziell für Aktivitäten gegen den Klimawandel eintreten. Laut dem Netzwerk für die Solidarität mit dem guatemalteckischen Volk (NISGUA) habe Guatemala Kanada, d.h. dessen Premierminister, aufgefordert, auf die weit verbreitete Gewalt gegen Menschenrechts- und UmweltverteidigerInnen durch kanadische Unternehmen zu reagieren. Als ein Land, das für die Verbrechen der Vergangenheit zu sühnen bereit ist und Prozesse gegen die Straffreiheit anstrengt, müsste es Guatemala mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft möglich sein, die führenden Köpfe der Gemeinden und MenschenrechtsverteidigerInnen zu schützen - schon um ihre eigene Zukunft zu sichern. (Renata Avila, Global Voices-Webseite)

Iván Velásquez als Mörder verleumdet

Guatemala, 24. Nov. Iván Velásquez Gómez, Leiter der Internationalen Kommission gegen Straffreiheit in Guatemala (CICIG), und zwei seiner Beamten, sowie Mitglieder der Staatsanwaltschaft wurden von Ricardo Méndez Ruiz von der Stiftung gegen den Terrorismus angezeigt. Ihnen werden die Delikte Verschwörung, illegale Vereinigung, Behinderung der Justiz, Amtsmissbrauch, fehlende Pflichterfüllung und aussergerichtliche Exekution vorgeworfen - und zwar im Zusammenhang mit der Durchsuchung einer Wohnung, in der auch der ehemalige Finanzminister Pavel Centeno lebte (siehe **¡Fijáte!** 619).

Pavel Centeno starb während der Hausdurchsuchung, es wird jedoch von Selbstmord ausgegangen. Allerdings sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen, weshalb die Anklageerhebung völlig verfrüht sei und vielmehr dazu diene, Velásquez zu schaden. Der Sprecher der CICIG gab diesbezüglich an, dass die Arbeit der Kommission offensichtlich nicht allen gefiele. Die CICIG aber durchsuche keine Wohnungen, sie begleite lediglich die Prozesse“.

Das Gericht gab der Anklage jedoch nicht statt. (EP, PL)

Neunter Arbeitsbericht der CICIG

Guatemala, 25. Nov. Iván Velásquez, Leiter der CICIG, und die Generalstaatsanwältin Thelma Aldana riefen dazu auf, den Kampf gegen die Straffreiheit im Land zu verstärken, und wiesen dabei vor allem auf die geplanten Verfassungsreformen [s.u., *die Red.*] hin, die das Justizsystem stärken würden.

Während der Präsentation des neuntes Jahresberichts über die Arbeit der CICIG sagte der Leiter der Institution, dass „das Land Guatemala eine tiefgreifende Reform seines Justizsystems benötige“. Er wies auch auf die Risiken beim Kampf gegen die Straffreiheit und Korruption hin, wenn das aktuelle politische und rechtliche Systeme beibehalten würde. „Wir können nicht erwarten, andere Resultate zu erzielen, wenn die Regeln die gleichen bleiben“, fügte er hinzu. Er setzte sich für die Verabschiedung der Verfassungsreformen ein, da sie die Staatsanwaltschaft (MP) stärken und die Transparenz bei der Benennung der RichterInnen des Obersten Gerichtshofs fördern würde.

Velásquez sagte weiter: „Wenn Guatemala eine Zukunft schaffen will, in der das Wohl aller seiner EinwohnerInnen das Hauptziel ist, dann müssen die korrupten Praktiken ausgerottet und eine neue politische Kultur geschaffen werden“. Er betonte, dass es unabdingbar sei, jene GuatemalteKInnen, die den Vorschlag für die Verfassungs- und Justizreform formulierten, um gegen die Straffreiheit und Korruption anzukämpfen, zu begleiten.

Die Generalstaatsanwältin sagte, Guatemala lebe an einem historischen Wendepunkt, die Verabschiedung der Verfassungsreformen sei eine absolute Notwendigkeit.

Im letzten Jahr wurden einige sinnbildliche Fälle von MP und CICIG aufgedeckt, darunter, die Kooptierung des Staates. Trotz dieser Fortschritte - so Velásquez - „sei der Kampf um die Rettung des Staates noch lange nicht entschieden“. „Ich finde, dass es einige sehr stark verwurzelte, kriminelle Strukturen im Land gibt, die den Staat kontrollieren und auch die Gesellschaft; diese haben wir in unserer täglichen Arbeit identifiziert“, sagte der CICIG-Chef. Diese Gruppen funktionieren aufgrund der etablierten Allianzen zwischen einigen öffentlichen AmtsträgerInnen, Mitgliedern des Justizsektors, PolitikerInnen, UnternehmerInnen und Privatpersonen, die strategische Plätze einnehmen. Die Ermittlungen der CICIG ergaben, dass diese Netzwerke darauf abzielen, sich einzumischen, zu beeinflussen und den Staatsapparat und die politische Agenda zu dominieren, mit dem Ziel sich selbst auf illegale Art zu bereichern.

Im zehnten Jahr ihrer Arbeit werde die CICIG mit zwei neuen Präsidenten, einmal der Legislative (Oscar Chinchilla) und der Justiz (Silvia Valdés) zusammenarbeiten. Die CICIG gehe davon aus, dass beide ihre jeweilige Verantwortung erfüllen und die Realitäten des Landes verstehen werden. (LH, EP)

Zum Welt-Aids-Tag: Webseite mit Infos zu HIV und Aids eingeführt

Guatemala, 24. Nov. Über das HI-Virus oder Aids zu sprechen wird noch immer als ein Tabu in Guatemala betrachtet. Daher war es in den 1980er so kompliziert, über diese Krankheit zu informieren und jene zu unterstützen, die mit dem Virus leben mussten. 1992 wurde die Telefonhotline 1540 eingerichtet, die man anonym anrufen konnte, um im Vertrauen Informationen und psychologische Unterstützung zu erhalten, sollte man sich mit den Virus angesteckt haben.

Eduardo Arathoon, Direktor der Vereinigung für integrale Gesundheit, erklärt, dass es zu jener Zeit nur wenige Telefone in Privathaushalten gab und daher die meisten der Anrufe aus öffentlichen Telefonzellen kamen. Damit die Leute für diese Dienste nicht zahlen mussten, erreichte die Vereinigung für integrale Gesundheit, die das Programm ins Leben gerufen hatte, dass die Nummer gratis sei. Im Durchschnitt rufen rund 800 Personen pro Monat an. Das scheint eine geringe Anzahl zu sein, man schätzt jedoch die Anzahl der Aidserkrankungen in Guatemala auf 35.000.

Nun wurde eine Internetseite eingerichtet. „Mit der Internetseite möchten wir die jungen Leute erreichen, die 'Millenniums' (*also die ab dem Jahr 2000 Geborenen, d.Red.*), die Telefone und andere Technologien nutzen“, sagte Arathoon.

Gemäss Jennifer Kerns, Koordinatorin der Hotline 1540, nutzen mehr Männer als Frauen die Hotline. Die meisten wohnen in Guatemala, Alta Verapaz, Quiché und Petén. Das Alter liegt zwischen 18 und 49 Jahren. Es sei auch mehrmals vorgekommen, dass die telefonischen BeraterInnen die erste Person darstellten, der die positive Diagnose anvertraut wurde. Man versucht die Menschen zu beruhigen und ihnen zu erklären, dass Aids kein Synonym für Tod mehr sei.

Wie an jedem 1. Dezember (Welt-Aids-Tag) bot die Gesundheitsvereinigung auch in diesem Jahr in der Zentrale der Transmetro (Centra) in der Zone 12 einen Aids-Schnelltest für jede/n an. (EP)

GuatemalteKInnen sind aufgrund Trumps Wahl weiterhin alarmiert

Guatemala, 25. Nov. In den USA hält die Angst aufgrund der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten an. Laut den guatemalteKischen Konsulaten in den USA beruht diese Angst auf falschen Einschätzungen über bevorstehende Bedrohungen von MigrantInnen. Die Konsulate rufen die guatemalteKischen BürgerInnen, die in den USA leben, zur Ruhe auf. Aussenminister Carlos Raúl Morales traf sich mit seinen 15 Konsuln der USA, um Leitlinien und Aktionspläne diesbezüglich auszuarbeiten. Der Konsul in Los Angeles erklärte, die dort lebende guatemalteKische Bevölkerung habe grosse Angst seit den vergangenen Wahlen.

Eine der Folgen der Unsicherheit drückt sich in dem Anstieg der Zahl jener Personen aus, die in den letzten Wochen versuchten, die Grenze nach Nordamerika zu überqueren. Die Konsuln „haben durch guatemalteKische Familienangehörige erfahren, dass sie auf alle Fälle versuchen zu reisen, vor allem Minderjährige. Die Personen glauben, dass sie es schaffen werden“. Die Konsuln rufen sie jedoch dazu auf, es nicht zu tun, denn es seien schon zu viele an der Grenze festgenommen wurden. Der Konsul von New York berichtete, dass „das Gefühl der Unsicherheit gross ist und viele Leute erschrocken sind, da man ihnen sagt, der Präsident werde sie aus dem Land werfen“. Ausserdem haben US-Medien über einen Anstieg der Überfälle auf MigrantInnen berichtete.

Ein positiver Aspekt ist, dass die Konsulate vermehrt kontaktiert werden. Die Personen möchten ihre Papiere in Ordnung bringen und müssen alle möglichen Verwaltungsverfahren durchlaufen, um korrekt identifiziert zu sein.

In einer seiner ersten Rede liess Trump verlauten, dass er die Deportierungen – die schon unter den vorherigen Regierungen nicht gering waren (*wir berichteten häufiger darüber, d.Red.*) – verstärken werde. Allerdings verweise Trump vor allem auf Personen, die Verbrechen begangen haben, „die GuatemalteKInnen verhalten sich im allgemeinen aber korrekt“, so der New Yorker Konsul.

Auf der anderen Seite gab der guatemalteKische Aussenminister zu, dass sein Heimatland nicht in der Lage sei, die notwendigen Bedingungen zu schaffen, damit die GuatemalteKInnen sich gegen eine Auswanderung entschieden könnten. „Die Armut stagniert bei 59%, die Unterernährung bei 52%, was erwarten wir also?“, sagte Morales. Ebenso seien die Bedingungen für die Rückkehr der MigrantInnen und deren Verbleib im Land nicht ausreichend gegeben. (LH)

Gewalt gegen Frauen meist angezeigte Verbrechen bei der MP

Guatemala, 25. Nov. Der 25. November gedenkt weltweit der Gewalt gegen die Frauen. Laut Daten der Staatsanwaltschaft (MP) für das Jahr 2015 erhielt die Institution über 56.000 Anzeigen diesbezüglich, im noch laufenden Jahr 2016 waren es bereits über 50.000. Es ist damit das am häufigsten angezeigte Verbrechen im Land. Das Delikt stellt eine schreckliche Verletzung der Menschenrechte dar und ist nicht tolerierbar. CICIG und MP errechneten, dass die Straffreiheit bei eben diesem Delikt, sowie Korruption, Mord und sexuelle Freiheit, besonders hoch sei. Dies wurde anhand eines Vergleichs der Anzahl der Anzeigen der Staatsanwaltschaft und der Fälle, in denen noch kein Urteil in den Gerichten gesprochen wurde, ermittelt. Vor allem die ländlichen Gebiete seien von dieser Straffreiheit betroffen. Ein Grund sind fehlende ÜbersetzerInnen für die Opfer, da die meisten aus den indigenen Völkern stammen und oft kein Spanisch sprechen.

Laut Reyna de León, Repräsentantin von der UN-Frauenorganisation, ist eine von zwei Frauen und Mädchen physischer, verbaler oder sexueller Gewalt ausgesetzt. Bei erwachsenen Frauen sind die Partner meist die Täter, wenigstens einmal im Leben. Die Prävention der Gewalt stagniere, allerdings gäbe es juristisch gesehen einige Fortschritte, vor allem innerhalb der MP. So wurde zum Beispiel die Einheit gegen Femizid von Thelma Aldana gegründet.

Frauenvereinigungen und indigene Organisationen gründeten gemeinsam mit Oxfam die Kampagne #MiCompromisoEs. Sie setzt sich das Ziel ein, dass die guatemalteKische Jugend das Problem erkennt, hinterfragt, jegliche Gewaltformen gegenüber indigenen Frauen verurteilt und die soziale Straffreiheit bekämpft. Die Initiative möchte in den nächsten drei Jahren mit der Jugend reden und Bewusstsein schaffen. Generalstaatsanwältin Aldana, die Hauptdarstellerin des Films Ixcanul, María Mercedes Coroy, und andere Persönlichkeiten schlossen sich der Kampagne an und verdeutlichten so ihr Engagement, um der Gewalt und dem Rassismus ein Ende zu setzen. (SV, PL, EP)

Verfassungsreformen erst nächstes Jahr

Guatemala, 30. Nov. Der scheidende Präsident des Kongresses, Mario Taracena Díaz-Sol, sein Nachfolger für 2017/2018, Óscar Chinchilla, und der Abgeordnete Amílcar Pop von Winaq trafen sich mit indigenen GemeindeführerInnen und informierten über die Vorgehensweise zur Verabschiedung der Verfassungsreformen im Bereich der Justiz. Es soll eine Priorität für das Jahr 2017 sein.

Es wurde erklärt, dass eines der umstrittensten Themen der Artikel 3 sei. Dieser sieht vor, die indigene Rechtsprechung und in die Fähigkeiten der ursprünglichen Autoritäten in der Ausübung ihrer Funktionen gemäss ihrer Sitten und Gebräuche anzuerkennen, solange sie nicht der Rechtsprechung der Verfassung widersprechen.

„Mit 116 (von 158) Stimmen erreichte man, die Diskussion über die Verfassungsreformen in die dritte Lesung zu bringen. Aber das Ziel, die indigene Rechtsprechung anzuerkennen, wurde noch nicht erreicht, was es zu einem wichtigen Thema für 2017 macht“, sagte Taracena. Chinchilla erklärte, dass das Thema noch eingehender zwischen den Fraktionsvorsitzenden und den übrigen Abgeordneten diskutiert werden müsse.

Für ExpertInnen wie Helen Mack sieht diese Entscheidungsvertagung über den Rechtspluralismus wie der Schutz der eigenen Interessen aus. Da es bei diesen Reformen auch um die Frage der Immunität und deren Entzug geht, fühlen sich die Abgeordneten persönlich angegriffen. Die implizite politische Botschaft sei, dass die BeamtInnen der Justiz weiterhin das traditionelle Korruptionsverhalten im Kongress beibehalten sollen. Mack rief die Bevölkerung auf, dagegen auf die Strasse zu gehen.

Carmen Aída Ibarra von der Bewegung Pro Justicia gibt zu bedenken, dass das Szenarium zu erwarten gewesen war, da bereits feststand, dass einige Gruppen, komme was wolle, gegen die Reformen stimmen würden. Die Gründe dafür seien vielfältig: Einerseits möchte man eine neue Wahlordnung schaffen, damit einige FunktionärInnen ihre Privilegien nicht verlieren. Andererseits wollen einige „die indigene Rechtsprechung aus rein ideologischen Gründen nicht anerkennen“, gab sie an. (Congreso República, LH)

Guatemala trauert um Fidel Castro

Guatemala, 26. Nov. Im Namen des guatemaltekischen Staates bedauerte der Aussenministerium den Tod von Fidel Castro Ruz, dem langjährigen Staatschef von Kuba und Urheber der kubanischen Revolution. Präsident Jimmy Morales sagte, dass Guatemala „Fidel Castro niemals vergessen werde, da er als Freund Guatemalas die helfende Hand in jenen Zeiten ausgestreckt habe, in denen sie am nötigsten war“.

In der Pressemitteilung des Aussenministeriums heisst es weiter, dass die überaus guten Beziehungen mit Kuba auch in Zukunft weiter aufrechterhalten werden sollen. Guatemala solidarisiere sich mit dem kubanischen Volk und ihrer Regierung angesichts des unwiederbringlichen Verlustes von Castro und überbringe sein tief empfundenes Beileid. Das Volk und die Regierung Guatemalas werde Fidel Castro ewig dankbar sein für die Zusammenarbeit und Unterstützung, die Kuba Guatemala zuteil werden liess, insbesondere im Bereich der Gesundheit. Diese Unterstützung gehe weiter und helfe insbesondere den am verletzlichsten Teilen der Bevölkerung.

Am 7. November waren die Ärzte, Krankenschwestern und -pfleger und sonstigen MitarbeiterInnen im Gesundheitswesen, die die Kubanische Medizinische Brigade bilden, genau 18 Jahre in Guatemala und halfen Tausenden BürgerInnen. Äusserer Anlass für das Aufstellen des „Heeres der weissen Kittel“, wie Fidel Castro die kubanischen HelferInnen nannte, waren die Folgen des Hurricans Mitch, der 1998 über Zentralamerika hinwegfegte.

Soziale Organisationen wie z.B. die Koordination der NROn und Kooperativen (CONGCOOP) erinnerten an die Herzlichkeit des kubanischen Volkes, das stets solidarisch mit den einfachen Menschen in Guatemala - sowohl in Zeiten der Krisen wie in ruhigeren Phasen. Die aussergewöhnliche Unterstützung wurden in den sensibelsten Bereichen sichtbar, der medizinischen Versorgung, der Alphabetisierung, im Sport und schliesslich im Friedensprozess und im Aufbau einer demokratischen Gesellschaft. All diese Erfolge wären ohne die Figur Fidel Castro niemals möglich gewesen. Nun anlässlich seines Todes zolle CONGCOOP dieser Persönlichkeit ihren Tribut und grüsse das kubanische Volk in diesen schmerzlichen Zeiten.

Persönlichkeiten wie die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú, ehemalige Amtsträgerinnen oder Ausseminister, aber auch viele Medien sprachen dem kubanischen Volk und der Regierung ihr Beileid aus und erinnerten an die Qualitäten des verstorbenen langjährigen Staatschefs und des Vaters der kubanischen Revolution. Die kubanische Botschaft in Guatemala veröffentlichte in den sozialen Netzwerken die folgende Botschaft: „Am Freitag, dem 25. November, 10.30 starb Kommandant Fidel Castro. Diese Information wurde von seinem Bruder Raúl in einem Gespräche mit dem kubanischen Fernsehen bestätigt“. (Cerigua)

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Achtung: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6